treten. Er soll diese Abbaumaßnahmen durchführen. **Vor 14 Tagen haben schon Abbau-Verhandlungen** der Direktion mit dem Deutschen Metallarbeiterverband stattgefunden. **Der Betriebsrat hat es noch nicht für notwendig gehalten, die Belegschaft über die Pläne der Firma zu informieren.** Jetzt soll die Sache vor der Tarifschiedsstelle entschieden werden.

Der Betriebsratsvorsitzende Buder hat schon durchblicken lassen, wenn dort die Firma Recht bekäme, so „könne man nichts dagegen machen". Gegen die „Gesetze" können sie nicht verstoßen. Die Funktionäre des DMV haben sich also schon damit abgefunden, daß ein allgemeiner Akkordabbau im Betrieb durchgeführt wird. **Es wird die höchste Zeit, daß die Belegschaft zur Abwehr aufgerufen wird. Die Belegschaft darf nicht warten bis sie vor vollendete Tatsachen gestellt wird.**

Eine Belegschaftsversammlung muß sofort einberufen werden. Der Direktion muß ein Ultimatum gestellt werden, sofort Ihre Forderungen auf Akkordabbau zurückzunehmen oder es wird ausgerückt.

Es war schon mehrere Jahre üblich, daß die Firma einen Zuschlag zum Feriengeld bezahlte. Bis jetzt hat sie in dieser Angelegenheit noch nichts von sich hören lassen. Müller Carl hat erklärt, wegen der „schlechten Wirtschaftslage" könne er nichts mehr bezahlen.

Die Arbeiter des Betriebes wollen das allerdings besser wissen. Sie erzählen, **daß Müller wie alle „guten deutschen Kapitalisten" sein Geld nach Holland verschoben habe, nur deshalb wolle er den Zuschlag zum Feriengeld nicht bezahlen.**

Durch die Maschinen, die die Universelle herstellt, zeigt sich zu besten, wie sich die kapitalistische Rationalisierung zum Schaden der Arbeiterschaft auswirkt. Zu Anfang dieses Jahres hat die Firma Zigarettenpackmaschinen auf den Markt gebracht. Jede dieser Maschinen ersetzt 16 Packerinnen. Das bedeutet, daß in einiger Zeit sämtliche Zigarettenpackerinnen auf der Straße liegen werden.

Die Kollegen wissen, daß die jetzige Verbotshetze gegen die KPD keinem anderen Zweck dient, als unseren Kampf gegen den Hungerfeldzug der Kapitalisten zu lähmen. Sie glauben, durch das Verbot unserer Führerin, der Kommunistischen Partei, uns Arbeiter kampfunfähig zu machen. Aber wir werden verteidigen, unsere Partei, die KPD, zu verteidigen.

Es gibt für die Arbeiterklasse nur einen Ausweg aus diesen Zuständen, wenn sie nicht vollends verelenden will. Das ist die Bildung einer roten Einheitsfront im Betrieb unter der Fahne des proletarischen Klassenkampfes unter Führung der KPD und Revolutionären Gewerkschafts-Opposition.

Gegen verlogene Mordhetze

Massenproteste der Betriebe

In einer von der RGO einberufenen Abteilungsversammlung für die Former und Putzer der Meurer A.-G., Cossebaude, wurde Stellung genommen zu der gegenwärtigen katastrophalen Lage der Arbeiterklasse. Es kam von den Kollegen zum Ausdruck, daß die Firma die Arbeitsbedingungen immer verschlechtert. Vor allem versucht die Firma, sie um die Bezahlung des Fehlgusses zu bringen. Einmütig standen die Kollegen auf dem Standpunkt, **daß die RGO gestärkt werden muß, um die Angriffe der Unternehmer zurückzuschlagen.** Folgende Entschließung gegen den Polizeiterror wurde einstimmig angenommen:

„Die Abteilungsversammlung der Former und Putzer von Meurer protestiert gegen den ungeheuren Terror der Polizei gegen die KPD. Sie erblickt darin einen Angriff auf die Rechte der Arbeiterschaft. Die Versammlung gelobt jetzt erst recht die Arbeit der KPD und RGO mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Versammlung verlangt, daß die Maßnahmen gegen die KPD und kommunistische Presse eingestellt werden.

Flammender Protest aus Betrieben des Industriegeländes

Die am 20. August im „Lindengarten", Dresden-N., versammelten Arbeiter aus den Betrieben des Industriegeländes protestieren entschieden gegen die ungeheuren Maßnahmen der Dresdner Polizei bezüglich der Besetzung des Bezirksbüros der KPD Sachsen und der revolutionären Massenorganisationen. Mit Entrüstung nehmen sie Kenntnis von der Verhaftung revolutionärer Arbeiter und fordern deren sofortige Freilassung.

Gleichzeitig protestieren sie gegen die polizeiliche Besetzung des Büros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin. Sie erheben flammenden Protest und fordern die sofortige Zurückziehung der Polizei vom Karl-Liebknecht-Haus und sofortige Freilassung der revolutionären Arbeiter.

Die Versammelten erkennen, daß die KPD die einzige Partei ist, die die revolution. Arbeiterschaft im Kampfe führt, und geloben, unter Führung der KPD den Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland verschärft weiterzuführen.

Kroll ist nicht Mitglied der KPD

Leipzig, 21. August. (Eig. Drahtbericht.)

Entgegen der Hetze und Verleumdung der bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse, daß der Messerstecher, der in Leipzig einen sozialdemokratischen Flugblattverteiler niederstach, Mitglied der Kommunistischen Partei ist, stellen wir hier nochmals fest, daß Kroll weder Mitglied der KPD, noch des KJVD oder der Antifa war.

Die Dresdner Volkszeitung von gestern zieht noch einmal alle Lügenregister gegen die Kommunistische Partei, um die sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre kommunistischen Klassengenossen aufzuhetzen. Die obige Meldung zeigt, daß die **SPD nur noch fähig ist, mit den infamsten Lügen zu arbeiten,** daß die auch von der Volkszeitung veröffentlichte Erklärung der KPD absolut einwandfrei ist und die Volkszeitung Lügen straft.

Demagogischer SPD-Beschluß

Der ostsächsische Bezirksvorstand der SPD veröffentlicht in der Dresdner Volkszeitung unter der demagogischen Ueberschrift „Abwehr gegen Unterstützungsraub" einen Beschluß, in dem die „Einberufung der Reichstagsfraktion" gefordert wird. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion **wiederholt gegen die Einberufung des Reichstages gestimmt, die von den Kommunisten gefordert wurde.** Die SPD-Führer, die doch beständig auf das Parlament schwören, schalten dieses „demokratische Institut für Volksinteressen" selbst aus, weil sie genau wissen, der Reichstag wird nur den heutigen Hungerkurs und Terrorfeldzug gegen das Volk bestätigen. **Um die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter abzulenken, wurde dieser demagogische Beschluß gefaßt, der keinerlei Bedeutung hat. Die SPD-Arbeiter werden aus dieser Demagogie die einzige Schlußfolgerung ziehen, den Edel und Co. den Rücken zu kehren und sich einzureihen in die Kommunistische Partei!**

500 neue KPD-Mitglieder in Schlesien

Nach den bis jetzt aus den Unterbezirken vorliegenden Werbeberichten hat die KPD während der Volksentscheids-Kampagne in Schlesien 500 neue Mitglieder gewonnen.

SPD-Schriftsteller kommt zur KPD

Unser Bruderorgan, Der Kämpfer, berichtet, daß der sozialdemokratische Schriftsteller und Presse-Korrespondent Heinrich Lehmann-Lamari, seine Aufnahme in die KPD beantragt hat. Genosse Lehmann-Lamari ist besonders den Chemnitzer Arbeitern bekannt durch seine energische Aufklärung der faschistischen Ueberfälle anläßlich des Naziaufmarsches in Chemnitz. Er war Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse in Sachsen und im Reich.

Streik bei Phönix Nordwest

In den Nordwest-Metallbetrieben werden unausgesetzt Akkordabzüge vorgenommen. Deshalb kam es am 18. August im Betrieb Phönix in Düsseldorf, und zwar in der Abteilung Walzwerk 1, zu einem einstündigen Demonstrationsstreik. Dieser Vorgang ist ein Beweis für die steigende Kampfstimmung in den Nordwest-Betrieben.

Kaiser ist wieder im Stall

Der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Bredt, der bekanntlich erklärte, 20 Millionen Deutsche müssen sterben, ist zum Vorsitzenden der Wirtschaftspartei gewählt worden. Daraufhin hat die sächsische Wirtschaftspartei und die Landtagsfraktion, deren Vorsitzender Kaiser ist, sich in die Wirtschaftspartei zurückgefunden. Die kleinen Gewerbetreibenden werden nunmehr sicher von der „geeinten" Partei an die Interessen der Großkapitalisten verraten, falls sie es sich weiterhin gefallen lassen.

Stürmischer Vormarsch unter der Sowjetmacht:

Der Triumph des Bolschewismus

11 neue Eisen- und Metallbetriebe / 100 neue Kohlenschächte / 26 neue Maschinenfabriken / 21 neue Großkraftwerke

Moskau, den 20. August 1931

In einem Artikel, der den neuen Bauten und Fabriken gewidmet ist, die in diesem Jahr dem Betrieb übergeben werden, schreibt die „Prawda" u. a.:

„Die sozialistische Industrie wird eine neue und mächtige Verstärkung erhalten. Die Inbetriebsetzung solch großer neuer Werke wie Magnitogorsk, Kusnetzk, die Nischninowgoroder Automobilfabrik, das chemische Kombinat von Bereszniki, die Automobilfabrik Amo und die Maschinenfabrik im Ural ist ein Sieg von historischer Tragweite und bedeutet die Verwandlung der USSR aus einem Agrarland in ein Industrieland.

In diesem Jahr wurden ganz oder teilweise in Betrieb gesetzt: 11 Betriebe der Eisen- und Metallindustrie, etwa 100 neue Schächte im Donezbecken, Kusnetzkbecken und Moskauer Kohlenbecken, die die Förderung der Kohle begonnen haben, 21 Großkraftwerke haben zu arbeiten begonnen, hinzu kommen zahlreiche große Betriebselektrizitätswerke, 26 Maschinenfabriken, eine Anzahl chemischer Kombinate und hunderte kleinere Betriebe der verschiedensten Industriezweige. Es ist eine industrielle Phalanx von ungeheurer Macht, die mit dem letzten Wort der Technik ausgerüstet ist. Im Laufe der nächsten 2 Jahre wird die USSR in der vordersten Reihe der Industrieländer der Welt stehen.

Das ganze Land arbeitet an der rechtzeitigen Fertigstellung der Industrietiefen. Es umgibt sie mit Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Ihr Name wurde zur Parole der Stoßarbeiter. Es überschüttet sie mit Material und Maschinen. Es schickt ihnen hunderte und tausende qualifizierte Monteure und Arbeitsleiter. **Es stellt hunderttausende Bauarbeiter an die Gerüste der Neubauten. Es organisiert die Anleihen, damit die Neubauten keinen finanziellen Mangel leiden. Es organisiert die kommunistischen Sonnabende, damit ihre Gebäude um so schneller wachsen.** Es fügt sich allen Bedürfnissen dieser Neubauten, es wirft seine Kräfte und seine Mittel dahin, damit sie keinen Mangel leiden. Gleichzeitig fordert und erwartet das Land von den Erbauern und Leitern der neuen Industriegiganten eine strenge Durchführung der Verpflichtungen, die ihnen von der Partei und der Arbeiterklasse auferlegt wurden. **Der Bau von Magnitogorsk, Kusnetzk und anderen Riesenbetrieben, die in diesem Jahr beendet werden, wurde trotz des wütenden Widerstandes aller Kräfte der alten Welt und trotz der Kapitulantenstimmung der rechten Opposition begonnen.** Die Partei entlarvte das verräterische Wesen der rechtsopportunistischen Plattform, wiederlegte die überschlauen Argumente der rechten Opportunisten und vernichtete die Rechtsopposition.

Der Siegesjubel über die Fertigstellung der neuen Betriebe ist ein unerhörter Triumph der Generallinie der Partei, die das Land vorwärts führt und die ungeachtet der Schwierigkeiten und der Feinde der Arbeiterklasse den Widerstand vernichtet und den Sozialismus aufbaut.

Um so stärker muß der Schlag gegen die rechtsopportunistische Praxis und die quasi linke Abweichung sein, die ein Hemmnis für die rechtzeitige Beendigung der Neubauten ist. Weg mit allen Zweifeln und Schwankungen! Weg mit der Lohngleichmacherei und der Verantwortungslosigkeit! Heran mit Feuer und Kraft an die Ueberwindung der „Engpässe"! Alle Kräfte und alle Mittel müssen mobilisiert werden! Magnitogorsk, Kusnetzk, die Charkower Traktorenfabrik, die Nischninowgoroder Automobilfabrik, das chemische Kombinat Bereszniki, die Uraler Maschinenfabrik, die neuen Schächte im Donezbecken und im Kusnetzk-Becken müssen und werden rechtzeitig in Betrieb gesetzt werden."

Großer Erfolg der Sowjetdiplomatie

Berthelot

Dowgalewski

Zwischen der Sowjetunion und Frankreich wird seit Monaten über einen Nichtangriffspakt verhandelt. Die französische Bourgeoisie wird durch die Krise gezwungen, sich um Aufträge aus der Sowjetunion zu bemühen. Die bürgerliche Presse schlägt Alarm, weil sie befürchtet, daß die Aufträge für die deutschen Kapitalisten dadurch geringer werden. Die Verhandlungen für die Sowjetunion werden von dem Genossen Dowgalewski, dem Sowjetbotschafter in Paris, geführt. Für die französische Regierung leitet Berthelot die Verhandlungen.

Richtige Antwort auf Entlassungen

Bauarbeiterstreik unter RGO-Führung

Bei der Firma Seidel, Coswig, Tiefbauunternehmen, sind heute früh die Bauarbeiter unter Führung der RGO in den Streik getreten gegen die Absicht der Firma, eine Anzahl Kollegen zu entlassen, und um bessere Verhältnisse an der Baustelle zu erzwingen.

Steigende Arbeitslosigkeit

Bankrott des kapitalistischen Systems — —Bankrott der ADGB-Führer

Der ADGB veröffentlicht jetzt die Ziffern über die in den ADGB-Gewerkschaften organisierten Arbeitslosen. Ende Juli waren 31,6 Prozent arbeitslos, gegenüber 30,2 Prozent Ende Juni. 18,9 Prozent waren Kurzarbeiter gegen 17,4 Prozent Ende Juni.

Diese Ziffern zeigen, daß die Arbeitslosigkeit wieder allgemein stark ansteigt. Sie zeigen aber auch den vollständigen Bankrott der ADGB-Führer, die wohl dem Unternehmertum geholfen haben, den Lohnabbau durchzuführen, die aber unfähig und nicht willens sind, Arbeitsmöglichkeit und Brot für die Arbeiter durchzusetzen. Der Weg der Führer der Lohnabbaugewerkschaften führt nur immer tiefer ins Elend. Die ADGB-Führer selbst aber beziehen weiter ihre unsinnig hohen Gehälter und kürzen den Verbandsmitgliedern die gewerkschaftlichen Unterstützungen. Arbeiter, **rechnet ab mit diesen Bankrotteuren, schart euch um die RGO!**

Milliarden im Ausland

Die Bergwerkszeitung vom Dienstag berichtet über die Kapitalflucht der Ausbeuter. Sie schreibt:

„Die Hoffnung auf Rückkehr der Kapitalfluchtgelder, die das Loch stopfen und auch die notwendigen Devisen hereinbringen könnten, muß nach den letzten Erfahrungen leider aufgegeben werden. Die Aktion der Reichsbank gegen das flüchtige Kapital, das man mit strengen Devisenvorschriften einfangen wollte, ist — das steht in großen Zügen bereits fest — ein Fehlschlag ... Die Mindestziffer der deutschen Kapitalflucht beziffern sich auf 5 Milliarden Mark, andere Schätzungen liegen bei 8 und 11 Milliarden Mark . . . Aber selbst im Vergleich zur Mindestschätzung ist das Devisenaufkommen sehr gering, denn es beträgt kaum mehrere 100 Millionen RM, also vielleicht **knapp 5 Prozent des geschätzten Fluchtkapitals."**

Dietrich gegen Steuerstreik der Kleinen

Der Reichsfinanzminister hat den Finanzämtern folgenden Runderlaß zugehen lassen:

„Die Eingänge an Steuern sind seit dem 13. Juli 1931 in erschreckendem Maße zurückgegangen. Offenbar ist in weiten Kreisen die Meinung verbreitet, daß möglichst viele Zahlungen zurückgestellt werden müßten, vor allem aber die Steuerzahlungen. Nichts wäre sowohl für den Staat wie für die Wirtschaft verhängnisvoller als dieses . . . Es kommt jetzt darauf an, der Bevölkerung klarzumachen, wie nötig für die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen pünktliche Steuerzahlungen sind, und dahinter den erforderlichen Nachdruck zu setzen."

Bekannt ist der Ausspruch des Reichsfinanzministers, daß eine größere Anzahl von Zwangsvollstreckern gegen die Steuersäumigen eingesetzt werden soll. Gegen die großen Kapitalflüchtlinge wird allerdings nichts unternommen. In dem einzigen Fall, wo Anklage erhoben wurde gegen einen Gemüse-Importeur, der zu viel Devisen angefordert hatte, erfolgte Freispruch. Die Kleinen werden gehängt, die Großen läßt man laufen. — Das ist die „Ordnung" in der deutschen Republik!

90 Prozent stimmen für Streik

Berlin, 21. August. (Eig. Meldung.)

Gestern fand im Speditionsgewerbe eine Urabstimmung der Arbeiter über Annahme eines Schiedsspruches mit Lohnkürzungen oder Streik statt. Ueber 90 Prozent der abstimmungsberechtigten Arbeiter haben für Streik gestimmt. Einige nach dem Streik stehende Betriebe ändern nichts an der Tatsache, daß die notwendige **Dreiviertel-Mehrheit für den Streik erreicht ist. Trotzdem denkt der Gesamtverband nicht daran, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen.** Die Gewerkschaftsbürokraten haben bereits neue **Verhandlungen beim Schlichter** [illegible]